

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1922

293 (15.12.1922)

Volksh Freund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens

Verlagspreis: Durch unsere Träger zugestellt 500 M. mit Zustellgebühr; durch die Post bezogen 5.00 M.; in der Geschäftsstelle und bei untern Karlsruhern Ablagen abgeholt 510 M. monatlich. Einzel Exemplare 20 M. Ausgabe: Werktags mittags. Geschäftsstelle u. Redaktion: Luisenstr. 24. Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 129; Redaktion Nr. 481. Anzeigen: Die einpaltige Kolonelleise 10.—M. auswärts 50.—M. Die Halbpaltelle 150.—M.; bei Wiederholungen Rabatt nach Tarif.—Annahmefrist 8 Uhr vormittags, für arößere Aufträge nachmittags zuvor.

Der Reichstagsbeschluss zur Einkommensteuer

Die Lohnsteuer weiterhin der Packesel - Die sozialistischen Abänderungsanträge niedergedrumpelt

Den Gehalts- und Lohnempfängern kann empfohlen werden, den nachfolgenden Bericht über die gestrige Reichstags-Sitzung genau durchzulesen und die Konsequenzen daraus zu ziehen. Schon seit langem tritt das Missverhältnis zwischen der Steuerlast der Selbständigen und Arbeiter und den „Selbständigen“, offensichtlich zu Tage und spricht mit der rasch zunehmenden Geldentwertung eine immer deutlichere Sprache. In verschiedenen Artikeln unseres Blattes haben wir auf dieses Missverhältnis hingewiesen und dem Steuerprinzip der bürgerlichen Parteien, das diese Steuerende dem Schwachen und das dünne dem Starken den Kampf angeht.

Die Sozialdemokratische Reichstagsfraktion beschäftigte sich am Mittwochabend noch einmal mit ihrer Stellung zur Abänderung der Einkommensteuer. Veranlassung dazu gaben Berichte der Reichsregierung, die Sozialdemokratie zur Zustimmung zu einem Steuerentwurf zu bewegen, der zwar weniger weitgehend als der vom Ausschuss angenommene, aber noch wesentlich schlechter ist als die Regierungsvorlage. Die Fraktion beschloß einstimmig, an ihrem bisherigen Standpunkt festzuhalten und sowohl den Ausschussbeschluss, als auch den angeführten Vermittlungsvorschlag, wie auch den Regierungsentwurf abzulehnen. Alle drei Anträge sehen eine zu weitgehende Begünstigung der Veranlagungspflichtigen durch eine Ermäßigung des Steuerfußes vor, die die Zustimmung der Sozialdemokratie eine Verletzung ihrer Pflichten gegenüber den Lohn- und Gehaltsempfängern darstellte. Die Fraktion war für die Forderung, die Abänderung jenes dieser Anträge eine wesentliche Minderung der Einkommensteuer bedeutet, die vor allen Dingen die schwer um ihre Existenz ringenden Gemeinden so stark schädigen würde, daß ihr Zusammenbruch die sichere Folge sein würde. — Die Fraktion beschloß ferner die Einbringung von Anträgen, die den Verlust machen, das Steuerrecht an den Lohn- und Gehaltsempfängern auszuweichen.

Aber was nützte es! Die sozialdemokratischen und kommunistischen Abänderungsanträge wurden abgelehnt und die Lohn- und Gehaltsempfänger, denen jeder Wenig ihres Einkommens durch den Steuerabzug erlöht wird, dürfen nach wie vor den Steuerpackesel tragen und den Hauptteil der Einkommensteuer bezahlen, während die Kapitalisten sich weiter „selbst einschneiden“. Einmütig haben die bürgerlichen Parteien ihre Beschlüsse gefasst und damit gegen die härteste Fraktion des Reichstags frontiert.

Großspurig sprach das Programm Cimos von „schweren Opfern“, vor denen angeblich die Leistungsfähigen nicht zurückweichen. Die Tatsachen sprechen eine andere Sprache, wie die Worte Cimos, die Leistungsfähigen wollen in Wirklichkeit von Opfern überhaupt nichts wissen. Sie stellen ihr persönliches Ich von jeder über das Allgemeininteresse, sonst würden sie von vornherein nicht zu dieser Kategorie gehören.

Arbeiter, Angestellte, Beamte! Beweist Ihr jetzt, was eine starke und eine schwache Sozialdemokratie für Euch bedeutet? Wollt Ihr noch weiter dem Einfluß der bürgerlichen Zeitungen beugen?

Sitzungsbericht

Berlin, 14. Dez. 1922.

Zur dritten Beratung des Gesetzes zur Neuordnung der Steuerbefreiung wird ein Antrag der sozialdemokratischen Abgeordneten auf Herabsetzung der Gehaltsgrenze angenommen.

Einkommensteuergesetz

Über die Abg. Berg (Soz.) Bericht erstattet. Neben den Bestimmungen des Gesetzes, die am 1. Januar 1923 in Kraft treten sollen, sind besonders noch besondere Bestimmungen der Einkommensteuerverordnung vom Juli d. J. für Veranlagung von 1922 getroffen und auch zu diesen wieder liegen Abänderungsanträge vor. — Ein Kompromißantrag der Demokraten, des Zentrums und der Deutschen Volkspartei fordert für 1922 die Erhöhung der Grenze, bis zu der 10 Proz. erhoben werden, auf 400 000 M. unter gleichzeitiger entsprechender Abänderung der weiteren Stufen. Ein sozialdemokratischer Antrag will für 1922 die Grenze, bis zu der 10 Proz. erhoben werden, bei 1 Million Mark belassen, fordert aber einen höheren Tarif für die oberen und obersten Stufen. Besonders verlangt der sozialdemokratische Antrag Herabsetzung der bei der Lohnsteuer freibleibenden Höhe.

Es sollen statt 200 M. 400 M. drei bleiben, an Verbandsstellen statt monatlich 1000 M. fünfzig 1950 M. und als Höchstbetrag für die letzten Monate des laufenden Jahres sollen diese fünfzig im Januar und Februar 1923 vorübergehend erhöht werden. Auch im Tarif für 1922 sollen die höheren Einkommen stärker herabgesetzt werden. Der Berichterstatter hob in seinen Darlegungen besonders den hohen prozentualen Anteil der Lohnsteuer an der ganzen Einkommensteuer hervor, den er allzumahig unter lebhaftestem Applaus der Linken nachwies.

Der Zwiespalt London—Paris in der Reparationsfrage

London, 14. Dez. Das Oberhaus erörterte die Reparationsfrage sowie die interalliierten Schulden. Dillithead wies nachdrücklich auf die mit der französischen Besetzung des Ruhrgebietes verbundenen Gefahren hin. Grey erklärte, England solle im Interesse des politischen Friedens und des wirtschaftlichen Wiederaufbaus Europas die Schulden seiner Bundesgenossen annullieren und fügte hinzu, daß auf die Dauer keine Nation ihre Sicherheit durch die Besetzung weiten Gebietsstrecken mit fremder Bevölkerung erhöhe. Salisbury betonte, daß die Londoner Konferenz nicht abgetroden, sondern nur vertagt wurde.

London, 14. Dez. Im Unterhaus erklärte Bonar Law bei der Debatte über die Reparationsfrage, alle seine Informationen gingen dahin, daß Deutschland dem Zusammenbruch sehr nahe sei. Großbritannien könne keine Aktion gleichgültig zusehen, die wahrscheinlich zur Folge haben würde, daß keine Reparationen geleistet werden und es schwierig, wenn nicht unmöglich machen würde, solche zu erhalten. Er hoffe, daß die britische und die französische Regierung den Zwischenfall zu einem Meinungsaustrausch benutzen würden, um einen gemeinsamen Weg zur Regelung der Reparationsfrage zu finden.

Bonar Law beantwortete eine Reihe von Fragen, die sich auf die Kontrolle, die Grundbedingungen für ein Moratorium an Deutschland, die Haltung Englands gegenüber einem etwaigen selbständigen Vorgehen Frankreichs und die Beziehungen der Reparationsfrage zu der Frage der interalliierten Schulden erstreckten. Er sagte, er teile nicht die französische Ansicht, die furchtbare Inflation sei vorzüglich. Nach der britischen Auffassung müsse man nach den besten Methoden fragen, um aus Deutschland den Betrag herauszuholen, den es bezahlen soll. Wenn Deutschland sich je wieder erholt, werde es ihn leichter sein, die Entschädigungen zu zahlen, als es Großbritannien sein würde. Seine Schuld an Amerika zu begleichen. Die Vernichtung des Mittelstandes in Deutschland sei ein furchtbares Unglück. Aber wenn Deutschland sich wieder erholte, werde es frei sein von der furchtbaren Last der inneren Schulden, wie sie jetzt auf Großbritannien lastet. Die einzige Schuldübernahme in bester Weise eingehen und gleichzeitig der übrigen Welt und Deutschland möglichst wenig schaden könne. Es besteht fast keine Hoffnung auf Lösung der furchtbaren Schwierigkeiten in Europa, wenn nicht Großbritannien und Frankreich gemeinsam handeln. Bonar Law bezeichnete es als tragisch, daß es zweifellos ohne Stabilisierung der Welt für Deutschland keine Besserung geben kann, daß aber nach Ansicht aller Sachverständigen der Verlust einer Stabilisierung den Zusammenbruch der Industrie herbeiführen werde. Ramsay MacDonald erklärte, wenn Deutschland nicht wieder Handel treibe, werde es keine Reparationen geben. Deutschland würde hoffnungslos bankrott werden, wenn es nicht sorgfältig behandelt werde. Frankreich und Großbritannien würden ihre Erwartungen über das, was sie von Deutschland zu erhalten hätten, sehr wesentlich herabsetzen. — Fisher, George und die folgenden Redner drückten ihre Befriedigung, mit den Erklärungen Bonar Law zum Ausdruck.

Eingreifen Amerikas?

London, 14. Dez. Die „Times“ melden aus Washington vom 13. Dezember, die amerikanische Regierung lieh gestern mitteilen, daß sie alles tue, um eine befreiende Lösung der Schwierigkeiten in Europa anzustreben. Präsident Harding habe darauf hingewiesen, daß seine Regierung sich nicht unaktiv verhalte und habe weiter mitgeteilt, daß vor dem 2. Januar nächsten Jahres diese nötigen diplomatischen Schritte getan sein würden, um die englische, französische und die anderen beteiligten Regierungen über die Haltung Amerikas zu verständigen. Die Regierung wolle indessen nichts weiter als diese allgemeine Erklärung abgeben, sie halte die Lage für so heikel, daß sie größte Zurückhaltung nötig sei.

Das „Verbrechen“ des Regierungsassessors Prange

Berlin, 14. Dez. Regierungsassessor Prange ist, wie gemeldet wurde, zu 5 Jahren Gefängnis verurteilt worden wegen Beleidigung der Truppen der Besatzungsmächte und wegen Vergehens gegen die Verordnung 71 der interalliierten Rheinlandskommission.

Das erste Verbrechen besteht in dem in seiner Wohnung aufgefundenen Briefentwurf, worin er die schwarzen Besatzungstruppen, die sich stützende Vergehens hatten zuschulden kommen lassen, mit nicht gerade schmeichelhaften Namen benannte. Das zweite Verbrechen ist bedingt durch die Verordnung 71 der sogenannten Espionageorganisation der Rheinlandskommission, worin es heißt: „Wer zu einem die Sicherheit der Besatzungsarmee bedrohenden Zweck sich an einer Verschwörung beteiligt oder ein Einverständnis mit anderen als an der Besatzung teilnehmenden Mächten unterhält, wird mit einer bis lebenslänglichen Gefängnisstrafe bestraft.“ Dieser Paragraph ist natürlich ein sogenannter Konfuziusparagraph. Die Auslegung des Begriffs „Einverständnis“ mit anderen als an der Besatzung teilnehmenden Mächten“ wird auch auf Deutschland ausgedehnt. Gegen diese Verordnung ist vom Reichskommissar Eisinger erhoben worden und die Reichsregierung wird natürlich alle möglichen Schritte für Prange unternehmen.

Der Landtag in den badischen Reichstagen. In Anwesenheit des Staatspräsidenten Krumpholtz, der Minister, sehr vieler Abgeordneter des badischen Landtags, etlicher Bürgermeister, der Mehrzahl der Bürgerausschussmitglieder und eines zahlreichen Publikums wurde am Mittwochabend der zweite Teil des Films „Wunder des Schneefußes“ mit dem Untertitel „Eine Rückfahrt auf dem See“ vorgeführt.

Die Rückkehr des prächtigen Films erregte bei den Besuchern dieselbe Begeisterung wie sie schon bei den beiden Dunderen Besuchern der früheren Vorführung festzustellen war.

Ganz richtig bemerkte in Vertretung des 1. Vorsitzenden Sekretär Hermann Steing in seinen begrüßenden Worten, daß die Gründung dieser gemeinnützigen Gesellschaft vor einem Jahre eine unbedingte Notwendigkeit war, da nur durch derartige Lehrfilme dem schülferigen Kinobetrieb ein wertvoller Damm entgegengeführt werden kann.

Die Bienen im Stadtpark. In den letzten Tagen wurden mehrere von einer Geschäftsreise in Paris zurückgekehrten Bienen im Stadtpark für kurze Zeit einquartiert, nämlich 1 Götter-, 5 Braundänen und 1 Königtruh. Die Bienen sind im oberen Teil des Gartens (in der Nähe des Musikpavillons) untergebracht.

Basuta-Bericht vom 15. Dezember. Die Basuta-Berichte seit dem 1. Dezember 1922.

Basuta-Bericht vom 15. Dezember. Die Basuta-Berichte seit dem 1. Dezember 1922.

Das Urteil im Garden-Prozess. Das Urteil im Garden-Prozess wurde am 1. Dezember 1922 gefällt.

Briefkasten der Redaktion. Verschiedene Annoncen. Wir haben schon oft bekannt gegeben, daß Einigungen ohne Unterschrift nicht berücksichtigt werden.

Rekte Nachrichten. Um den Pfundfundtag. Am 1. Dezember 1922.

Rekte Nachrichten. Um den Pfundfundtag. Am 1. Dezember 1922.

Das Urteil im Garden-Prozess. Das Urteil im Garden-Prozess wurde am 1. Dezember 1922 gefällt.

Briefkasten der Redaktion. Verschiedene Annoncen. Wir haben schon oft bekannt gegeben, daß Einigungen ohne Unterschrift nicht berücksichtigt werden.

Rekte Nachrichten. Um den Pfundfundtag. Am 1. Dezember 1922.

Rekte Nachrichten. Um den Pfundfundtag. Am 1. Dezember 1922.

Erste Lebensmittelverteilung der Winterhilfe. Die Winterhilfe wird allen Personen, die bei der ersten Hauptverteilung von Lebensmitteln bedacht werden können, Güter in die Wohnung bringen lassen.

Spezial-Schuhwarenhaus R. Danger. Kaiserstrasse 161, Ecke Ritterstr. Alleinvertauf der weltbekannten Marke „Mercedes“.

Wohlfund 1/2 Jahr. Der Verkauf des Wohlfundes am 1. Dezember 1922.

Stastatter Anzeigen. Errichtung einer Zwangsstammung für das Schneidergewerbe.

Volks-Buchhandlung der Sozialdem. Partei befindet sich Karlsruhe, Adlerstrasse 16. Telefon 3701.

Durlacher Anzeigen. Kohlen-Ausgabe. Josef Baumgärtner: Freitag, den 15. Dezember, ab 9 Uhr.

Kohlen-Ausgabe. Christ. Bauer: Freitag, den 15. Dezember, ab 9 Uhr.

Kohlen-Ausgabe. Joh. Aramb W. Samstag, den 16. Dezember, ab 9 Uhr.

Sporthaus Hagemann. Eröffnet habe. Anfolge glücklichen Wareneinfuhrs bin ich in der Lage sehr preiswert zu verkaufen.

Sporthaus Hagemann. Eröffnet habe. Anfolge glücklichen Wareneinfuhrs bin ich in der Lage sehr preiswert zu verkaufen.

1-2 möbl. Zimmer. evtl. auch Kabinette mit Bad. in der Nähe der Hauptstrasse.

Gänselebern. Kauf fortwährend zu den allerhöchsten Preisen.

Stuttinger Anzeigen. Aufforderung! Der Verkauf der außerordentlich hohen Aufpreiszahlungen für Brennholz.

Kartoffel-Verkauf. An nichtverdorrene Einwohnern werden zum Eigenverbrauch Kartoffeln (Genus 700 Mt.) verkauft.

Brunnener Anzeigen. Oberbürgermeisterwahl. Die Amtszeit des im Jahre 1914 gewählten Herrn Oberbürgermeisters Dr. Meißner ist am 10. Januar 1923 umlaufen.

Sporthaus Hagemann. Eröffnet habe. Anfolge glücklichen Wareneinfuhrs bin ich in der Lage sehr preiswert zu verkaufen.

Er raucht Batschari, er ist Qualitätstraucher! W. O. B. H. M. N. Y. A B C

